

Bergmann [Hrsg.]

Handlexikon der Europäischen Union

6. Auflage



Nomos

facultas



Helbing
Lichtenhahn
Verlag



Prof. Dr. Jan Bergmann, LL.M. eur [Hrsg.]

Handlexikon der Europäischen Union

6. neu bearbeitete und erweiterte Auflage

des von Prof. Dr. Wolfgang W. Mickel
in Zusammenarbeit mit Claus D. Grupp begründeten Werks

Schriftleitung: Zelda Bamberger, LL.M. (UConn)



Nomos



Helbing
Lichtenhahn
Verlag



Zitiervorschlag: HdLexEU

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7118-9 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden)

ISBN 978-3-7190-4521-0 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

ISBN 978-3-7089-2130-3 (facultas Verlag, Wien)

6. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 6. Auflage

Die Europawahl 2019, die deutsche Ratspräsidentschaft 2020 und – zumindest juristisch – der Brexit sind abgeschlossen. Im Amt sind vor allem die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel. Der für zahllose Programme wichtige mehrjährige EU-Finanzrahmen 2021–2027 ist mit einem Volumen von sagenhaften rund 1.075 Mrd. Euro verabschiedet. Kurz, höchste Zeit, das erfolgreiche Handlexikon wieder auf neuesten Stand zu bringen. Dies haben 63 ausgewiesene Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Justiz und Verwaltung in den letzten Monaten in zügiger Teamarbeit tatkräftig geleistet. Über 1.000 Stichwörter wurden überarbeitet bzw. vollständig neu gefasst. Vor uns liegt nun ein Werk, das den Anspruch erhebt, die neu gestaltete Union in ihrer Gesamtheit und ihren Einzelheiten abzubilden. Der juristische Schwerpunkt wurde erneut deutlich ausgebaut. Auch im Juristischen wird jedoch nie verkannt, dass Recht und Politik in Europa immer zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Sämtliche Beiträge werden persönlich verantwortet und stellen keinesfalls die Auffassung der Institutionen dar, in deren Dienst die Verfasser stehen.

Unser Handlexikon wurde vor rund 27 Jahren von Wolfgang W. Mickel im Stuttgarter Omnia-Verlag begründet, dessen früherer Geschäftsführer – Herr Claus D. Grupp – mich weiterhin berät und als fachkundiger Autor unterstützt; ihm fühle ich mich sehr verbunden und schulde ich großen Dank. Großer Dank gebührt auch unserer hochengagierten Fachlektorin – Frau Assessorin iur. Ariane Fünér –, die die Neuauflage wiederum mit beeindruckendem Management und sicherer Hand voll positiver Energie um alle Klippen geleitet hat.

Neu mit an Bord ist unsere Schriftleiterin – Frau Zelda Bamberger, LL.M. (UConn) – die derzeit am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsphilosophie der Ludwig-Maximilians-Universität München wirkt und dankenswerterweise sämtliche Texte minutiös redigiert hat. Durch Ihre beeindruckende Arbeit hat das Werk weiter gewonnen.

Stuttgart, im Juli 2021

Jan Bergmann

Geleitwort

„Entschlossen, den mit Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben ... und den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuführen.“

(aus: EUV, Präambel)

„Die Union stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts begründet.“ *(aus: Grundrechtecharta, Präambel)*

EUROPA, ein solch alter Begriff und dennoch durch die Vielfalt seiner Kulturen so schwer zu verstehen. Nirgendwo sind mir die Differenzen deutlicher geworden als in meiner Zeit als deutsche Richterin am EGMR. Nirgendwo war ich mehr auf externen Sachverstand angewiesen als dort.

Das Vertragswerk der Europäischen Union, geschichtlich gewachsen und voller eigenständiger Begrifflichkeiten, bedarf in der Tat der Erläuterung. Nicht nur der interessierte Bürger, auch Fachleute stoßen allenthalben auf Begriffe und Rechtsfiguren, die nur vermeintlich klar sind, die aber europäisch durchaus anders ausgefüllt werden als national gewohnt.

Lexikalisch kann solchen Schwierigkeiten unproblematisch begegnet werden. Man braucht keine Vorkenntnisse, um Antwort auf eine Frage zu erhalten. Unklarheiten werden ausgeräumt. Wenn dann noch – wie hier – gute Verständlichkeit hinzutritt und sich das Juristische erhellend mit dem Politischen verbindet, hat der Bürger eine reale Chance, Europa zu verstehen.

Ich wünsche dem Werk eine weite Verbreitung, gerade auch bei den Euroskeptikern. Denn wer von diesem Handlexikon Gebrauch macht, wird an den Debatten rund um den Europäischen Einigungsprozess gut informiert und sachlich gerüstet teilnehmen können. Das brauchen wir; denn erst die kundigen Bürger werden den von Regierungen und Parlamenten angestoßenen Einigungsprozess vollenden.



Dr. h.c. Renate Jaeger

Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte a.D.,
vormals Richterin des Bundesverfassungsgerichts

Autorenverzeichnis

- Abels, Prof. Dr. Gabriele**, Jean Monnet Professorin für Politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen
- Achenbach, Jun.-Prof. Dr. Jelena von**, LL.M. (NYU), Juniorprofessur für Öffentliches Recht Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Rechtswissenschaft
- Ahrens, Dr. Petra**, Senior Researcher im ERC-geförderten Projekt 'Gender, party politics and democracy in Europe: A study of European Parliament's party groups' (EUGenDem), Tampere Universität, Finnland
- Algieri, Dr. Franco**, Associate Professor, Head of International Relations Department, Webster University Vienna
- Ast, Dr. Susanne**, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, Stuttgart
- Axt, Prof. em. Dr. Heinz-Jürgen**, Institut für Politikwissenschaft, Lehrstuhl für europäische Integration und Europapolitik, Universität Duisburg-Essen, Gastprofessor an der Universität des Saarlandes
- Bamberger, Zeldä**, LL.M. (UConn) (Schriftleiterin), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsphilosophie, Ludwig-Maximilians-Universität München
- Becker, Dr. Peter**, Forschungsgruppe EU/Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin
- Becker, Dr. Werner**, ehem. Währungs- und Europaexperte bei Deutsche Bank Research, ehem. Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Frankfurt School of Finance and Management, Frankfurt a.M.
- Behrend, Max Paul**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsphilosophie, Ludwig-Maximilians-Universität München
- Bergmann, Prof. Dr. Jan**, LL.M.eur. (Herausgeber), Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Honorarprofessor für Recht und Politik der EU an der Universität Stuttgart, Ehrenvorsitzender Europa Zentrum Baden-Württemberg, Stuttgart
- Bergmann, Dr. Tina**, Rechtsanwältin, Stuttgart
- Bogdandy, Prof. Dr. Armin von**, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Professor an der Goethe-Universität, Frankfurt a.M.
- Bovend'Eerd, Koen**, Doktorand, Willem Pompe Instituut voor Strafrechtswetenschappen, Universität Utrecht
- Boving, Dagmar**, LL.M., Rechtsanwältin, Köln
- Damaschke-Deitrick, Dr. Lisa**, Institute of Political Science (IfP)/Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration, Universität Tübingen
- Fernandes Fortunato, Prof. Dr. Sérgio**, Professur für Arbeits- und Zivilrecht, Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl
- Furtwängler, Christin**, Auswärtiges Amt
- Gabler, Sibylle**, DIN Deutsches Institut für Normung eV, Berlin
- Gandenberger, Gertrud**, M.A. Politologin, Europabeauftragte Landkreis Tübingen
- Groebel, Prof. Dr. Jo**, Direktor Deutsches Digital Institut Berlin
- Grupp, Claus D.**, Schorndorf-Schlichten, ehemals OMNIA Verlag Stuttgart

Autorenverzeichnis

- Haug, Prof. Dr. Volker M.**, Professur für öffentliches Recht, insbesondere Staats-, Europa- und Medienrecht, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Honorarprofessor der Universität Stuttgart
- Heise, Prof. Dr. Arne**, Direktor des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Universität Hamburg
- Heldt, Petra**, Referentin für TEN und Direktorin des Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) „Eisenbahnneubaustrecke Dresden-Prag“ a.D., Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden
- Holeschovsky, Christine**, Leiterin der Vertretung des Freistaats Thüringen bei der Europäischen Union, Brüssel
- Hrbek, Prof. em. Dr. Rudolf**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen
- Jünemann, Prof. Dr. Annette**, Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Politik, Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Kainer, Prof. Dr. Friedemann**, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wirtschafts- und Arbeitsrecht, Universität Mannheim
- Kalb, Jürgen**, Studiendirektor i.R., Fachreferent bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg i.R., Chefredakteur der Zeitschrift „Deutschland & Europa“ i.R., Fachberater für Gemeinschaftskunde und Wirtschaft am Regierungspräsidium Stuttgart i.R.
- Karapiperis, Dr. Theodoros**, Abteilungsleiter, STOA (Panel for the Future of Science and Technology, Lenkungsgruppe zur Zukunft von Wissenschaft und Technologie), Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst (EPRS), Europäisches Parlament, Brüssel
- Kersting, Martin †**, Rechtsanwalt, Referent zu europapolitischen und -rechtlichen Fragen, Werne a.d. Lippe
- Kluge, Hans-Georg**, Rechtsanwalt, Staatssekretär a.D., Landrat a.D., 1. Vorsitzender der ERNA-GRAFF-Stiftung für Tierschutz, Berlin
- Kulhanek, Dr. Tobias**, Richter am Landgericht Nürnberg-Fürth, Lehrbeauftragter an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Lieneke-Berns, Jutta**, ehem. Europäische Kommission, Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland, Referentin, Deutscher Bundestag, Berlin
- Lippert, Dr. Barbara**, Forschungsdirektorin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Mitglied der Institutsleitung, Berlin
- Margedant, Prof. Dr. Udo**, apl. Professor an der Bergischen Universität, Wuppertal
- Müller-Graff, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian**, Seniorprofessor, Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Universität Heidelberg
- Mulliez, Gwennaëlle**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Universität zu Köln
- Muno, Professor Dr. Wolfgang**, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock
- Ondarza, Dr. Nicolai von**, Leiter Forschungsgruppe EU/Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin
- Opitz, Dr. Anja**, Leiterin Referat Internationale Politik und Sicherheit, Akademie für Politische Bildung, Tutzing / Präsidentin Global Health Security Alliance (GloHSA)

- Ossowski, Thomas**, Botschafter PSK, Ständige Vertretung Deutschlands bei der EU, Brüssel
- Palm, Prof. Dr. Ulrich**, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht, Universität Hohenheim
- Pieperschneider, Dr. Melanie**, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin
- Pieper, Prof. Dr. Stefan Ulrich**, apl. Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster, Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam, Ministerialrat im Bundespräsidialamt, Berlin
- Rapp, Dr. Christian**, M.A. (Essex), Head of Educational Technology, Zentrum für Innovative Didaktik, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Winterthur
- Rüger, Dr. Carolin**, wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc) am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg, Mitglied im Team Europe (RednerInnendienst der Europäischen Kommission)
- Schäfer, Prof. Dr. Peter**, LL.M., Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht, Hochschule Hof
- Schmitt, Dr. Desirée C.**, LL.M., Europäische Kommission
- Schorkopf, Prof. Dr. Frank**, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht an der Georg-August-Universität Göttingen
- Schweickert, Prof. Dr. Erik**, MdL, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, Professor für Internationale Weinwirtschaft, Hochschule Geisenheim University
- Sennekamp, Christoph**, Präsident des Verwaltungsgerichts, Freiburg i.Br., Lehrbeauftragter an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Setzen, Florian**, Direktor des Europa Zentrums Baden-Württemberg; Lehrbeauftragter an der ESB Business School Reutlingen
- Steppacher, Prof. Dr. Burkard**, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln
- Ungerer, Prof. Dr. Lothar**, Bürgermeister, Stadt Meerane, ehem. Institut für Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft), Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
- Villarreal, Dr. Pedro A.**, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
- Vonhoff, Katja**, Projektleiterin im Bereich europäisches Innovationsmanagement bei der Diakonie Baden, Mitglied im Team Europe – Rednerpool der Europäischen Kommission, langjährige Berufserfahrungen zu europäischer Zusammenarbeit, Dissertation zu Netzwerken im Rahmen der EU-Donauraumstrategie
- Winkler, Dr. Sebastian**, European Research Council Executive Agency, Brüssel
- Wolf, Katharina**, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden
- Wunderle, Prof. Dr. Simone**, LL.M., Professur für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Besonderes Verwaltungsrecht, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
- Wunderle, Dr. Timo**, LL.M., Richter am Landgericht Heilbronn
- Zellner, Dr. Wolfgang**, Senior Research Fellow, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Zöller, Prof. Dr. Mark A.**, Lehrstuhl für Deutsches, Europäisches und Internationales Strafrecht und Strafprozessrecht, Wirtschaftsstrafrecht und das Recht der Digitalisierung, Ludwig-Maximilians-Universität München

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	5
Geleitwort	7
Autorenverzeichnis	9
Häufig verwendete Abkürzungen	15
Die EU heute	17
Die Europäische Union in Zahlen	19
Stichwörter A–Z	21
Welche Zukunft für die Europäische Union 2051? – aus der Sicht des Jahres 2021	1185
Zur Geschichte der europäischen Einigung	1195
Zeittafel der europäischen Einigung	1217
Index	1255

Art. 4 VO (EG) 58/2003 weist den Exekutivagenturen formal eine eigene Rechtspersönlichkeit nach dem Recht der EU. Sie sind damit – als von einer internationalen Organisation geschaffene Rechtspersonen – notwendigerweise zugleich Völkerrechtssubjekte. Offen geblieben ist bislang, ob die in der VO (EG) 58/2003 Rechtspersönlichkeit außerhalb des Unionsrechts tatsächlich Anerkennung finden wird.

Als gesichert darf die Passivlegitimation der Exekutivagenturen vor dem Europäischen Gerichtshof bzw. dem Gericht angesehen werden, vgl. Urteil des Gerichts vom 21.10.2010 – T-439/08 – Agapiou Joséphidès ./ Kommissi-on und EACEA. Andererseits hat das EuG akzeptiert, dass eine Exekutivagentur Teilbereiche ihrer Verantwortung als Anstellungskörperschaft auf von ihnen beauftragte Dienststellen, wie das Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) übertragen kann (Entscheidung v. 30.4.2014 – Rs F-88/13 – Koloreva ./ REA). Bemerkenswert ist allerdings, dass das EuG eine gegen die Kommission gerichtete Klage, die eine Maßnahme der REA betraf, nicht als unzulässig, sondern als unbegründet abgewiesen hat, das von der Kommission vorgetragene Argument, die REA sei zu verklagen gewesen, und es fehle bereits an der Passivlegitimation, überzeugte das EuG nicht (Urt. v. 24.2.2017 – Rs T-703/14 – Diktyo Amyntikon Viomichanion Net AEVE ./ Europäische Kommission).

Internet:

<https://cinea.ec.europa.eu>

<https://www.eacea.ec.europa.eu>

<https://eisma.ec.europa.eu>

<https://erc.europa.eu/>

https://ec.europa.eu/info/departments/european-research-executive-agency_en#responsibilities

<https://hadea.ec.europa.eu>

Winkler

EZB/PSPP-Urteil

Das Urteil des BVerfG vom 5.5.2020 – 2 BvR 859/15, das unter den Bezeichnungen „PSPP“-oder „EZB“-Urteil firmiert, stellt eine historische Zäsur im Verhältnis zwischen BVerfG und EuGH und darüber hinaus in der Entwicklung des Verfassungsrechts der Europäischen Union dar. Mit dieser Entscheidung hat zum

ersten Mal das BVerfG Maßnahmen von Unionsorganen für ultra vires, also die unionsrechtlichen Kompetenzen überschreitend und damit sowohl unionsrechts- als auch verfassungswidrig erklärt.

Dabei handelt es sich einerseits um die Beschlüsse der EZB im Public Sector Asset Purchase Programme (PSPP), einem Programm der EZB zum Ankauf vom öffentlichen Sektor ausgestellter Wertpapiere an den Sekundärmärkten, zum anderen um das Urteil des EuGH in der Sache Weiss, C-493/17, mit dem dieser das PSPP für europarechtskonform befunden hatte.

Das BVerfG urteilte, die EZB habe ihr Mandat dadurch überschritten, dass in den Beschlüssen im PSPP keine Verhältnismäßigkeitsprüfung durchgeführt wurde. Dadurch sei nicht nachvollziehbar, inwiefern sich die EZB mit den wirtschaftspolitischen Folgen ihres währungspolitischen Handelns auseinandergesetzt habe und ob diese in einem angemessenen Verhältnis zu den währungspolitischen Zielen des Programms stehen. Eine solche öffentlich nachvollziehbare Erläuterung der EZB-Tätigkeit sei angesichts der weitreichenden Konsequenzen ihres Tuns für den gesamten Unionsfinanzmarkt und die finanzielle Stabilität der Mitgliedstaaten aber unerlässlich, damit die demokratischen Institutionen der Mitgliedstaaten ihre Kontrollaufgabe gegenüber der unabhängigen EZB verantwortungsvoll wahrnehmen könnten. Der EuGH wiederum, der der EZB in seiner Weiss-Entscheidung keine derartige Verhältnismäßigkeitsprüfung abverlangt hatte, habe dadurch ebenfalls seine Kompetenzen überschritten. Denn die Kombination eines weiten Ermessens der EZB mit einer derartigen Begrenzung der gerichtlichen Kontrolle durch den EuGH trage dem Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung nicht hinreichend Rechnung, weil dadurch das unabhängige Unionsorgan EZB frei handeln könnte, ohne überhaupt noch nennenswert kontrolliert zu werden, sodass „der Weg zu einer kontinuierlichen Erosion mitgliedstaatlicher Zuständigkeiten eröffnet werde“ (Rn. 156). Bei der Berührung fundamentaler Belange der Mitgliedstaaten, wie dies bei der Auslegung der Verbandskompetenz der Europäischen Union und ihres demokratisch le-

gitimierten Integrationsprogramms in der Regel der Fall sei, dürfe die gerichtliche Kontrolle die behaupteten Absichten der EZB nicht unbezogen übernehmen (Rn. 142). Das BVerfG entschied deshalb: „Der mit der Funktionszuweisung des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 EUV verbundene Rechtsprechungsauftrag des Gerichtshofs der Europäischen Union endet dort, wo eine Auslegung der Verträge nicht mehr nachvollziehbar und daher objektiv willkürlich ist. Überschreitet der Gerichtshof diese Grenze, ist sein Handeln vom Mandat des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 EUV in Verbindung mit dem Zustimmungsgesetz nicht mehr gedeckt, so dass seiner Entscheidung jedenfalls für Deutschland das gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 und Art. 79 Abs. 3 GG erforderliche Mindestmaß an demokratischer Legitimation fehlt.“ (Rn. 112)

Diese Entscheidung, welche eine Durchbrechung des vom EuGH postulierten absoluten Vorrangs des Unionsrechts und seiner seit der Rs. Foto-Frost (Urt. v. 22.10.1987 – Rs. 314/85) zementierte exklusive Kontroll- und Verwerfungskompetenz für Unionshandeln und EU-Recht darstellt, ist natürlich nicht vom Himmel gefallen. Sie hat ihre Vorgeschichte in den unterschiedlichen Konzeptionen von Vorrang, der Abgrenzung von mitgliedstaatlichen und unionalen Kompetenzbereichen durch die Rechtsprechung und nicht zuletzt in der von der EZB seit der Finanzkrise betriebenen Politik.

Das PSPP-Urteil zerrt erneut einen der Grundkonflikte der europäischen Integration ins Rampenlicht: der EuGH und die nationalen Verfassungsgerichte gehen von unterschiedlichen Geltungs- und Vorrangkonzeptionen des Unionsrechts aus. Aus Sicht des EuGH entfaltet das Unionsrecht Geltungsmacht und Vorrang aus sich selbst heraus: als autonome Rechtsordnung trägt es seine Rechtsqualität in sich selbst und ist in seiner Autorität nicht von den Mitgliedstaaten abhängig. Die Sicht der nationalen Verfassungsgerichte, und auch des BVerfG, ist im Gegensatz dazu von dem klassisch völkerrechtlichen Verständnis geprägt, dass es die nationalen Verfassungen sind, die Aussagen darüber treffen, ob, wie, und in welchem hierarchischen Verhältnis sich überstaatliches Recht in die staatliche Rechtsordnung einfügt. Die Geltungs-

macht und Vorrangwirkung des Unionsrechts ist danach aus den nationalen Verfassungsnormen abgeleitet, die Inhalt und Grenzen der Übertragung von Souveränität auf die Union regeln. Damit verbunden ist auch eine unterschiedliche Antwort auf die Frage, wer über Reichweite und Grenzen des Vorrangs, mithin über das Verhältnis der unionalen zur mitgliedstaatlichen Rechtsordnung entscheidet. Beide Gerichtsebenen überwachen diese Grenzen aus „ihrer“ Rechtsordnung heraus und sehen sich für die Bestimmung deren Reichweite als Letztentscheider, wodurch sich zwangsläufig institutionelle Konflikte ergeben.

Diese beiden Positionen sind im Kern miteinander unvereinbar. Das heißt aber nicht, dass die europäische Integration zum Scheitern verdammt ist, im Gegenteil. Über die Jahre haben EuGH und BVerfG in gemeinsamer, aufeinander Bezug nehmender Rechtsprechung das Verbundverhältnis zwischen den beiden Rechtsordnungen konstruktiv ausgestaltet. Deshalb ist die BVerfG-Position kein europafeindlicher Affront und die EuGH-Position auch keine souveränitätsblinde Kompetenzanmaßung: Die die Rechtswirklichkeit bestimmenden Dimensionen des Vorrangs werden von keiner der beiden Seiten einseitig bestimmt, sondern im Rechtsprechungsdialog zwischen nationalen Gerichten und dem EuGH austariert, wobei dem EuGH widersprechende Urteile die einzige Möglichkeit des BVerfGs sind, am Gespräch teilzunehmen und gehört zu werden. Im Rahmen dieses Gerichtsdialogs hat das BVerfG seit langem den Vorrang des Unionsrechts als für das Gelingen der Union als Rechtsgemeinschaft anerkannt und auch die Foto-Frost-Doktrin als für die ebenso essenzielle Einheitlichkeit des Unionsrechts unabdingbare institutionelle Garantie akzeptiert. Der Konflikt tritt also nur noch in absoluten Ausnahmefällen zu Tage, in denen bisher noch nicht überbrückte Differenzen in Streit stehen. Denn gleichzeitig hat das BVerfG schon früh Integrationsgrenzen abgesteckt, die Kernbereiche der grundgesetzlichen Verfassungsidentität und der Grundrechte dem Zugriff des Unionsrechts entziehen und die Kompetenzreichweite der Unionsorgane nach dem Grundgesetz (Art. 23 Abs. 1 S. 2 iVm Art. 20 Abs. 1, 2 und Art. 79 Abs. 3 GG) bestimmen. Danach

darf vor allem die grundgesetzliche Demokratie nicht durch Kompetenzübertragungen an oder Kompetenzanmaßungen durch die Union ausgehöhlt werden. In kontroversen Urteilen (Maastricht, Lissabon, Honeywell) hat sich das BVerfG diese „Ultra-Vires-Kontrolle“ vorbehalten und ihre Anwendung gleichzeitig „zurückhaltend und europarechtsfreundlich“ auf strukturelle Verschiebungen in der Kompetenzordnung begrenzt sowie von einer vorherigen Vorlagebefassung des EuGH abhängig gemacht.

Im Bereich der Identitätskontrolle war das BVerfG schon vor der PSPP-Entscheidung weiter gegangen und hatte die Rechtsprechung des EuGH zum Europäischen Haftbefehl für mit der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG unvereinbar befunden (Urt. v. 15.12.2015 – 2 BvR 2745/14 – Europäischer Haftbefehl II), wobei es nur deshalb nicht zum Eklat kam, weil das BVerfG einen *acte clair* annahm und dadurch die direkte Konfrontation mit dem EuGH vermeiden konnte. Auch Gerichte aus Italien (C-105/14, ECLI:EU:C:2015:555 – Taricco I und C-42/17, ECLI:EU:C:2017:936 – Taricco II), Tschechien (Tschechisches Verfassungsgericht Urt. v. 31.1.2012 – PI-OS 5/12 – Slovak Pensions, in Reaktion auf EuGH C-399/09, ECLI:EU:C:2011:415 – Landtova) und Dänemark (Dänisches Oberstes Gericht v. 6.12.2016 – Dansk Industri (Ajos), in Reaktion auf EuGH C-441/14, ECLI:EU:C:2016:278) haben bereits Entscheidungen des EuGH offen für *ultra vires* oder identitätsverletzend erklärt. Auf diese Entscheidungen hat der EuGH auch teilweise reagiert und seine Rechtsprechung angepasst. Die Abgrenzung und Absicherung von Kernbestandteilen der nationalen Verfassungsidentität gegenüber der Integration ist also keine prinzipiell europafeindliche oder auch nur exklusive Position des BVerfG, sondern ein sich in einem Integrationsprozess, der sich auf höchst souveränitätssensible Bereiche ausdehnt, zwangsläufig stellendes Problem. Eine andere Frage ist es natürlich, wie die nationalen Gerichte mit dieser Integrationsverantwortung umgehen.

Im PSPP-Fall hat das BVerfG nun die maximale Eskalationsstufe gewählt und ein Urteil des EuGH für „*ultra vires*“ erklärt. Dies wurde in der Öffentlichkeit größtenteils als integri-

onsfeindliche, europa-unsensible und anmaßende Entscheidung wahrgenommen. Ob diese Einschätzung auch trägt, ist aber zweifelhaft. Das BVerfG beschäftigt sich seit Jahren mit Ankaufprogrammen der EZB und hatte schon im PSPP vorangehenden OMT-Verfahren in seiner ersten EuGH-Vorlage überhaupt ernste Zweifel angemeldet, ob die EZB nicht ihr Mandat überschreite und gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung, Art. 123 Abs. 1 AEUV verstoßen haben könnte. Der EuGH hat dies in seinen Entscheidungen zu OMT und Weiss beide Male verneint. Beide Entscheidungen sind aber sehr knapp gehalten, auf die vom BVerfG in seinen jeweiligen Vorlagebeschlüssen detailliert vorgebrachten Bedenken wurde jeweils kaum eingegangen. Das Grundproblem war in beiden Fällen die immens weitreichende Entscheidungsmacht eines unabhängigen Organs, das im Zuge der Finanzkrise immer mehr die durch eine zerstrittene und inaktive Politik entstandene Lücke in der Finanzpolitik auszufüllen begann und sich zum zentralen Akteur der europäischen Finanzpolitik entwickelte. Auch aus dem nationalen Recht sind unabhängige Fachorgane bekannt und stellen per se kein unlösbares Demokratieproblem dar, notwendig ist aber eine Ausbalancierung von Ermessens- und Beurteilungsspielräumen des unabhängigen Organs mit Kontroll-, Aufsichts- und Prüfkompetenzen von (wiederum unabhängigen) Gerichten und demokratisch legitimierten Instanzen. Dem notwendigen, vom BVerfG angeregten Dialog über die Ausbalancierung dieser Fragen im Hinblick auf die EZB hat sich der EuGH aber im Wesentlichen verschlossen. Das PSPP-Urteil kann deshalb vor allem als Signal des BVerfG gelesen werden, das sich vom EuGH Dialogbereitschaft und die Ernstnahme seiner Bedenken wünscht. So wurde es aber von Wissenschaft und Öffentlichkeit kaum aufgefasst. Die verheerendsten Reaktionen, die dem BVerfG ob seines „Willkür“-Verdikts tatsächlich unterstellten, in Nazi-Manier selbst willkürlich den EuGH zu untergraben, scheiterten dabei schon an einer korrekten Einordnung des „Willkür“-Maßstabs, der im Verfassungsrecht gerade eine besonders niedrige – und damit in diesem Fall europafreundliche – Schwelle normiert. Denn bereits jede sachliche, auch nur irgendwie logisch nach-

vollziehbare Erwägung erfüllt diesen Maßstab. Tiefer greifende Anforderungen, wie etwa bei einer Verhältnismäßigkeitsprüfung, die wiederum mehr Kontrollkompetenz auf das prüfende Gericht verlagern würden, werden gerade nicht gestellt. Ähnlich zu kurz griffen Einordnungen, die PSPP deshalb gefährlich fanden, weil Gerichte in Ungarn und Polen sich darauf berufen könnten, um selbst den Vorrang des Unionsrechts zu bestreiten, wenn es um ihre → Rechtsstaatlichkeit geht. Doch dass diese von PiS und Fidesz gekaperten Gerichte nur mehr mit Marionetten der jeweiligen Regierungen besetzt sind und die → Rechtsstaatskrise Züge angenommen hat, nach denen diese Gerichte nur noch als Attrappen unabhängiger Institutionen erscheinen (so der ehemalige Präsident des BVerfG, Andreas Voßkuhle), ist der europäischen Öffentlichkeit ohnehin bekannt. Diese Gerichte können zitieren, wen sie wollen, ohne echte Glaubwürdigkeit und Legitimität zu gewinnen. Die fehlende Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn ist dermaßen frappierend, dass kein Urteil des BVerfG als Maskerade ausreichen könnte. Einen Punkt hatten dagegen die Stimmen, die das PSPP-Urteil handwerklich schlecht begründet und in den entscheidenden Passagen juristisch nicht überzeugend fanden, tatsächlich ist das Urteil teilweise schwer nachvollziehbar und auch zahlreiche Interviews des Berichterstatters konnten die Bedenken im Nachgang nicht ausräumen. Die wenigen positiven Reaktionen heben vor allem hervor, dass das BVerfG sich mit PSPP um die europäische Demokratie bemüht habe, da es die Diskussion um die Gestaltung des Finanzmarktes und deren Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft hin-

ter den verschlossenen Türen der EZB hervor ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geholt und zugleich die demokratisch legitimierten Institutionen zur Wahrnehmung ihrer Kontrollkompetenzen aufgerufen habe. Wie groß der demokratische Effekt letztlich sein wird, ist allerdings noch nicht absehbar. Denn die EZB musste lediglich Verhältnismäßigkeitserwägungen nachreichen, wobei die Anforderungen des BVerfG an die inhaltliche Tiefe und den thematischen Umfang nicht besonders hoch zu sein scheinen. Es scheint zu genügen, dass die EZB sich überhaupt in irgendeiner Weise mit den Auswirkungen ihrer Geldpolitik auf die Wirtschaft befasst.

Die Union ist durch das PSPP-Urteil nicht untergegangen und das BVerfG hat sich nicht über Nacht in einen zähnefletschenden Europa-feind verwandelt. Allerdings hat es durch diese Entscheidung einen bewussten Vorrangverstoß begangen und damit die Diskussion mit dem EuGH um die Austarierung von Vorrang und Kompetenzgrenzen auf eine bisher nicht gekannte Eskalationsstufe gehoben. Nach den Reaktionen der Öffentlichkeit und der Wissenschaft dürfte es damit seinem Ansehen und dem Vertrauen in seine integrationsbezogene Zuverlässigkeit und Integrität nicht unbedingt einen Gefallen getan haben. Die weitere Entwicklung, insbesondere die Reaktion des EuGH und der anderen mitgliedstaatlichen Verfassungsgerichte bleiben abzuwarten.

Literatur:

Ulrich Haltern: Ultra-vires-Kontrolle im Dienst europäischer Demokratie, NVwZ 2020, 817–823

EuZW 12/2020, 489–544

Einträge auf verfassungsblog.de ab 5.5.2020

Bamberger

Index

- Abfallpolitik, Europäische 21
- Abgeordnetenstatut des Europäischen Parlaments 23
- Abkommen (Übereinkünfte) der EU 25
- Abkommen der Mitgliedstaaten (Altverträge) 26
- Abrüstungspolitik 26
- Abstimmungsverfahren 26
- ACER (EU-Energieagentur) 27
- Achmea-Urteil 28
- Achtzig-Prozent-Mythos 29
- Acquis communautaire 29
- Ad-hoc-Ausschuss 30
- Adonnino-Ausschuss 30
- Advance Purchase Agreements 30
- AEUV 30
- AGEG (Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen) 30
- Agenda 2000 31
- Agentur der EU für Cybersicherheit (ENISA) 31
- Agentur für das europäische GNSS (GSA) 31
- Agentur für den Wiederaufbau, Europäische (EAR) 32
- Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs, Europäische (EMSA) 32
- Agentur für Flugsicherheit, Europäische (EASA) 32
- Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Europäische (EU-OSHA) 33
- Agenturen, Europäische 33
- Agenturen in der EU 38
- Agrar-Einfuhrzölle (Abschöpfungen) 41
- Agrarpolitik, Gemeinsame (GAP) 42
- Akademien, Europäische (EA) 49
- Akerberg Fransson-Urteil 51
- AKP-EU, Zusammenarbeit 52
- AKP-Gruppe, Organisation der AKP-Staaten 53
- Akronyme und Kürzel 54
- Aktiengesellschaft, Europäische (Societas Europaea, SE) 54
- Allgemeines Präferenzsystem (APS) 55
- Alpenkonvention 56
- AMIF 57
- Amsterdamer Vertrag 57
- Amt für Veröffentlichungen der EU 61
- Amtliche Dokumente 61
- Amtliche Veröffentlichungen 62
- Amts- und Arbeitssprachen der EU 63
- Amtsblatt der Europäischen Union 66
- Amtsenthörung 67
- Amtshilfe, gegenseitige 68
- Amtszeit 68
- ANEC (European Association for the Coordination of Consumer Representation in Standardisation) 69
- Anfragen 69
- Anhörungsverfahren (Konsultation) 69
- Antidiskriminierungsschutz 70
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts 70
- APS 70
- Arabischer Frühling 70
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 70
- Arbeitsgruppen 70
- Arbeitsrecht, europäisches 70
- Arbeitsschutz 74
- Arbeitsvermittlung, Europäische 77
- Arbeitszeitchartlinie 78
- Arge Alp 79
- Ariane (französische Form von Ariadne) 80
- Arianespace 80
- Art. 7 EUV-Verfahren gegen Polen und Ungarn 80
- Arzneimittelagentur, Europäische (EMA) 82
- ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) 83
- ASEF 84
- ASEM (Asia-Europe-Meeting) 84
- Asienpolitik der EU 85
- ASJP-Urteil 89
- Assoziationsrat 90
- Assoziierung 90
- Assoziierungsabkommen EU-Türkei 92
- Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 92
- Asylpolitik der EU 92
- Atomgemeinschaft, Europäische (EURATOM/EAG) 96
- Audiovisuelle Informationsstelle, Europäische 100
- Audit 100
- Aufenthaltsrecht 102
- Auftragswesen, Öffentliches 104
- Ausfuhrerstattungen 104
- Ausgleichsabgaben 104
- Ausgleichsfonds 104
- Ausgleichsmechanismus (zugunsten UK) 105
- Auslegung von Unionsrecht 105
- Ausschuss (des Bundesrates) für Fragen der Europäischen Union 105
- Ausschuss (des Bundestages) für Angelegenheiten der Europäischen Union 106
- Ausschuss der Regionen (AdR) 107
- Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV), COREPER 108
- Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern, beratender 110
- Ausschuss für nichtmilitärische Aspekte des Krisenmanagements (CivCom) 110
- Ausschuss für Sozialschutz (Social Protection Committee, SPC) 111
- Ausschuss für Wirtschaftspolitik (Wirtschaftspolitischer Ausschuss, WPA) 112
- Ausschuss „Hoher Beamter“ 114
- Ausschuss nach Art. 133 EG 115
- Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame (GASP) 115
- Außenbeziehungen der Europäischen Union 118
- Außengrenzen der Europäischen Union 125
- Außengrenzen, Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den 126
- Außenhandelspolitik 126
- Außenminister der EU 131
- Austritt/Ausschluss aus der EU 131

Index

- Austrittsvertrag 132
 Auswärtiger Dienst, Europäischer (EAD) 132
 Ausweisungsschutz 134
 Avis 134

 Backstop 136
 Baltische Zusammenarbeit 136
 Bananenkrümmung 136
 Bananenmarktordnung und Bananenstreit 138
 Bananenmarktordnung-Beschluss des BVerfG 139
 Bananenmarktordnung-Urteile des EuGH 140
 Bananenprotokoll 140
 Bankenunion 141
 Barcelona-Prozess 142
 Battle Groups 142
 Beamte und Bedienstete der EU 143
 Begleitgesetze zum Lissabon-Vertrag 144
 Begründungspflicht für EU-Organen 144
 Behinderte Menschen, ihre Rechte in der EU 145
 Beihilfen 147
 Beihilfen, Staatliche 148
 Beihilfenaufsicht 151
 Beitritt zur EU, Beitrittsverhandlungen 152
 Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien) 156
 Beitrittspartnerschaften 157
 Benchmarking 157
 Benelux Union 160
 Beobachterstatus 160
 Beratender Währungsausschuss 160
 Berichterstatter im Europäischen Parlament 161
 Berlin-Erklärung (Berlin-Kommuniqué) 162
 „Berlin-Plus“ 162
 Beschäftigungsausschuss (EMCO) 162
 Beschäftigungsobservatorium, Europäisches (EBO) 163
 Beschäftigungspolitik 163
 Beschleunigtes Verfahren 169
 Beschluss 169
 Bestimmungslandprinzip 169
 Betriebsrat, Europäischer (EBR) 169
 Betrugsbekämpfung 170
 Bewusstsein, Europäisches 173
 Bildung (früher: Erziehung), Europäische 174
 Bildungseinrichtungen, Europäische Netzwerke von 177
 Bildungspolitik 178
 Bildungsprogramme der EU 182
 Bindungswirkung von EGMR-Entscheidungen 187
 Binnenmarkt 189
 Bio- und Gentechnologie 191
 Bologna-Erklärung 196
 Bologna-Prozess 196
 Bosman-/Fußball-Urteil 201
 Bosphorus-Urteil 202
 Brexit 202
 Brexit-Handels- und Kooperationsvertrag EU/GB 204
 Brüssel-Verordnungen 207
 BSE (Bovine Spongiforme Enzephalopathie) 207
 Bundesstaat, Europäischer „unvollendeter“ 207
 Bund-Länder-Vereinbarung (BLV) 209

 Bürgeranfragen (EP) 210
 Bürgerbeauftragter, Europäischer 210
 Bürgerberater 214
 Bürgerbeschwerden 215
 Bürgerinitiative, Europäische 215
 BUSINESSEUROPE 219

 CALRE 220
 Cantoni-Urteil 221
 Cardiff-Prozess 221
 Cassis-de-Dijon-Urteil 223
 Cecchini-Bericht 224
 CEDEFOP 224
 CEEC 225
 CEFTA (Central European Free Trade Agreement) 225
 CE-Kennzeichnung 225
 CEN (Comité Européen de Normalisation) 226
 CENELEC (Comité Européen de Normalisation Electrotechnique) 226
 CEPOL/EPA 226
 CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) 226
 Ceuta und Melilla 229
 Charta für Kleinunternehmen, Europäische 229
 Charta von Köln 229
 Chemikalienagentur, Europäische (ECHA) 230
 CIREFI 231
 CivCom 231
 COCOLAF (Advisory Committee for the Coordination of Fraud Prevention) 231
 Comenius 231
 COMEXT 232
 Copernicus 232
 Copyright 232
 CORDIS (Community Research and Development Information Service) 233
 COREPER (Comité des représentants permanents) 233
 COREU (Correspondance Européenne) 233
 Corona in der Europäischen Union 233
 COSAC 233
 COST 235
 Costa/ENEL-Urteil 236
 Cotonou-Abkommen 237
 Covid-19 240
 COVID-19-Impfstoffbeschaffung 240
 CPMR (Conference of Peripheral Maritime Regions of Europe) 243
 Cyberkriminalität 243

 Dänemark-Ehe 244
 Daseinsvorsorge 244
 Dassonville-Formel 244
 Datenportale der EU 244
 Datenschutz 247
 Datenschutzbeauftragter 248
 Daueraufenthaltsrecht 248
 Delegation von Rechtsakten 249
 Delegationen der EU 250
 Delegationen des Europäischen Parlaments 251

- Delegierter Rechtsakt
(Durchführungsverordnung) 251
- Delors-Bericht 252
- Delors-Pakete 252
- De-minimis-Beihilfen 252
- Demokratiedefizit 253
- Denkmalschutzpolitik, Europäische 256
- Devisen der EU 256
- Diäten 257
- Dienstleistungsfreiheit 258
- Digital Decade 263
- Digitales Europa 263
- Dimension, Europäische (im Unterricht) 264
- Direktion Integrierter Ansatz für Sicherheit und Frieden (ISP) 266
- Direktion Sicherheits- und Verteidigungspolitik (SECDEFPOL) 266
- Direktwahl zum Europäischen Parlament 267
- Diskriminierungsverbot 269
- Dokumentationszentren, Europäische (EDZ) 271
- Dokumentenzugang 271
- Dolmetscher- und Übersetzungsdienst 273
- Donauraumstrategie 275
- Dooge-Ausschuss 276
- Doppelhut des/der EU-Außenbeauftragten 276
- Doppelte Mehrheit 276
- Dreigliedriger (Tripartiter) Sozialgipfel 276
- Drittstaaten/Drittländer 276
- Drogen und Drogensucht, Europäische
Beobachtungsstelle für (EMCDDA) 277
- Dual use (doppelter Verwendungszweck) 277
- Dublin-System 278
- Durchführungsrechtsetzung 280
- EAD – Europäischer Auswärtiger Dienst 281
- EAG 281
- EASO (European Asylum Support Office) 281
- ECHO (European Community Humanitarian
Office) 281
- Ecofin-Rat (Economic and Financial Council)/Rat der
Wirtschafts- und Finanzminister 282
- ECSA (European Community Studies
Association) 284
- ECTS/European Credit Transfer System 285
- ECU 285
- EDA 285
- EEA 285
- EEF 285
- eEurope 285
- EFF (Europäischer Fischereifonds) 288
- Effet utile 288
- Effizienzgebot 288
- EFL (Europäische Frauenlobby) 288
- EFSF 288
- EFTA (European Free Trade Association) 288
- EFU (Europäische Frauen-Union) 292
- EGMR 292
- EIB 292
- Eigenmittelsystem 292
- Eingreiftruppe, Schnelle 296
- Einheitliche Europäische Akte (EEA) 296
- Einheitspatent, Europäisches 298
- Einstimmigkeit 300
- Einstweilige Anordnung 300
- Einwanderungspolitik 300
- Einzelermächtigung, Prinzip der begrenzten 304
- EIRO (European Industrial Relations
Observatory) 304
- Eisenbahnverkehr / Eisenbahnagentur,
Europäische 304
- eLearning 308
- Elysée-Vertrag 309
- EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) 309
- Embleme der Organe und Einrichtungen der
EU 309
- EMCC, EurLIFE, EurWORK 309
- Emergency Response Coordination Centre
(ERCC) 310
- Empfehlungen 310
- EMRK 310
- Energiepolitik 310
- Entlastung 316
- Entschließung(en) 317
- Entsendung von Arbeitnehmern 318
- Entwicklungsfonds, Europäischer (EEF) 318
- Entwicklungspolitik 320
- EPP 321
- EPZ 321
- Erasmus 321
- Erasmus+ 321
- ERCC (Emergency Response Coordination
Centre) 322
- ERH 322
- Erklärungen im EP 322
- Erwachsenenbildung/Weiterbildung in der EU 322
- Erweiterung und/oder Vertiefung der EU 326
- ESA 331
- ESM 331
- ESZB, Ausschüsse des 331
- ETSI 332
- EU Whoiswho 332
- EUCPN 332
- EuG 332
- EuGH 332
- EuGöD 332
- EuGVVO 332
- EUIPO 332
- EUISS 332
- EUMA 332
- EU-Migrationsverfassungsrecht 332
- EUMS 332
- EU-Rahmen zur Stärkung des
Rechtsstaatsprinzips 332
- EURASIL (EU Network for asylum
practitioners) 334
- Eurasische Wirtschaftsunion/Eurasian Economic
Union 334
- EURATOM 334
- Euregio (aus: Europäische Region; auch Euroregionen
genannt) 334
- EUREKA (European Research Coordination
Agency) 335

Index

- EURES (European Employment Services) 336
 EUR-Lex 336
 Euro 336
 Eurobarometer 340
 Eurocontrol 341
 Eurodac 341
 Eurofisc 342
 EUROFOUND – Europäische Stiftung
 zur Verbesserung der Lebens- und
 Arbeitsbedingungen 343
 Eurogruppe 344
 Eurojust 344
 Eurokorps 344
 Eurokratie 345
 EUROMED 349
 Euro-Mediterrane Partnerschaft (EUROMED) 349
 EuroNest 350
 Europa 2020 350
 Europa à la carte und andere
 Integrationskonzepte 353
 Europa der Bürger 353
 Europa macht Schule 358
 Europa.eu 359
 Europa-Abkommen/Europa-Verträge 359
 Europabildung in der Schule (KMK-Beschluss) 360
 Europa-Flagge 361
 Europahymne 362
 Europäisch-Arabischer Dialog (EuAD) 362
 Europäische Bewegung (Netzwerk Europäische
 Bewegung) 363
 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
 (EGKS) 364
 Europäische Gemeinschaft(en) 366
 Europäische Idee 369
 Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) 370
 Europäische Patentorganisation 375
 Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) 375
 Europäische Schulen 378
 Europäische Stiftung für Berufsbildung (European
 Training Foundation, ETF) 378
 Europäische Umweltagentur (EUA) 379
 Europäische Union 380
 Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 382
 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 383
 Europäische Zentralbank (EZB) 383
 Europäischer Auswärtiger Dienst 387
 Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF) 387
 Europäischer Gerichtshof (EuGH) 388
 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
 (EGMR) 388
 Europäischer Rat 388
 Europäischer Rechnungshof (ERH) 392
 Europäisches Parlament (EP) 392
 Europäisches Semester 399
 Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) 399
 Europakammer (des Deutschen Bundesrates) 402
 Europa-Kolleg (Collège d'Europe/College of
 Europe) 402
 Europakompetenz 403
 Europalette 403
 Europaministerkonferenz (EMK) 404
 Europarat 404
 Europaschule, Bundes-Netzwerk 407
 Europass 408
 Europatag 408
 Europa-Union Deutschland 409
 Europawahlen 411
 Europe Direct 412
 EuropeAid 412
 European Case Law Identifier 412
 European Space Agency (ESA/Europäische
 Weltraumorganisation) 413
 Euro-Plus-Pakt 415
 Europol (Europäisches Polizeiamt) 417
 Euro-Schutzschirm 418
 Eurostars 418
 Eurostat 419
 Eurosür 419
 Eurosystem 419
 Euro-Troika 420
 Eurozone 420
 EURYDICE 420
 EUSC 420
 EUZBBG 420
 EUZBLG 420
 EVA 421
 Evolutivklausel 421
 EWCO (European Working Conditions
 Observatory) 421
 EWG 421
 EWG-Klausel 421
 EWI 421
 EWIV 421
 EWLA (European Women Lawyer's
 Association) 421
 EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) 421
 EWS 424
 Exekutivagenturen 424
 EZB/PSPP-Urteil 426
 Faccini Dori-Urteil/Verbindlichkeit von
 Richtlinien 430
 Fachgerichte 430
 FADO (False and Authentic Documents online) 431
 Fahne, Europa- 431
 Familienzusammenführung 431
 Fernsehrichtlinie 431
 FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat-
 Richtlinie) 432
 Finalität der europäischen Integration 433
 Finanzbeiträge 433
 Finanzhilfen der EU 433
 Finanzielle Vorausschau 434
 Finanzieller Beistand 434
 Finanzierungsinstrumente 436
 Finanzstabilisierungsfazilität, Europäische
 (EFSF) 438
 Finanzstabilisierungsmechanismus, Europäischer
 (EFSM) 439
 Finanztransparenzsystem 439
 Finanzvorschriften 440
 Fischereiaufsichtsagentur, Europäische (EFCA) 440

- Fischereipolitik, Gemeinsame (GFP) 440
 Fiskalpakt 443
 Flexibilitätsklausel oder Generalermächtigung 444
 Florenz-Erklärung 445
 Flüchtlingspolitik 446
 Flugsicherheit 446
 Föderalismus 450
 Fonds der Europäischen Union 452
 Forschung und technologische Entwicklung (FTE,
 auch: Forschung und Entwicklung – FuE) 457
 Forschungsrat, Europäischer (ERC) 462
 Forschungsraum, Europäischer (EFR) 463
 Forschungsstelle, gemeinsame (GFS) 463
 Fouchet-Pläne 464
 Fraktionen im EP 465
 Francovich-I-Urteil 465
 Fransson-Urteil 466
 Frauen-Organisationen, Europäische 466
 Freihandelsassoziation, Europäische 469
 Freihandelszone 469
 Freizügigkeit in der EU 470
 Fremdenverkehr 473
 Freundschaftsvertrag, Deutsch-Französischer 474
 Frontex 474
 Frühwarnsystem 475
 Führerschein/Fahrerlaubnis 475
 Funktionalisten 476
 Fusionen von Unternehmen 476
 Fusionskontrollverordnung (FKVO) 477
 Fusionsvertrag 478

 G 7-/G 8-Staaten 480
 Galileo/EGNOS 481
 GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) 482
 GASP, Beschluss des Rates in der 482
 GASP 482
 GASP-Haushalt 482
 GATS 483
 GATT 484
 GB/EU-Handels- und Kooperationsvertrag 485
 Gebiete in äußerster Randlage 486
 Gefechtsfeldverbandkonzept 486
 Gegenseitige Anerkennung, Prinzip der 486
 Geheimdienst der EU 487
 Geistiges Eigentum, Amt der EU für (EUIPO) 487
 Geldfälschung/Fälschung des Euro 488
 Geldpolitik, Europäische 489
 Geldwäsche 496
 Geltungsbereiche der Verträge 497
 Gemeinden und Regionen Europas, Rat der
 (RGRE) 497
 Gemeindepartnerschaften (Jumelages) 499
 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 499
 Gemeinsame Sicherheits- und
 Verteidigungspolitik 499
 Gemeinsame Strategie 499
 Gemeinsamer Markt 500
 Gemeinsamer Standpunkt 500
 Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte 500
 Gemeinschaftsinitiativen 502
 Gemeinschaftsmethode/Unionsmethode 502

 Gemeinschaftsprogramme und
 Rahmenprogramme 503
 Gemeinschaftsrecht 504
 Gemeinwohlorientierte Leistungen 504
 Gemischte Abkommen 505
 Gender Mainstreaming 505
 Generalanwalt (EuGH) 508
 Generaldirektionen 509
 Generalermächtigung 510
 Genossenschaft, Europäische (societas cooperativa
 europaea, SCE) 510
 Gentechnologie 511
 Gericht für den öffentlichen Dienst (EuGöD) 511
 Gericht, Europäisches (EuG) 511
 Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) 512
 Gerichtshof für Menschenrechte, Europäischer
 (EGMR) 517
 Gerichtsstands- und
 Vollstreckungsübereinkommen 519
 Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen
 Union 520
 Gesandtschaftsrecht 520
 Geschäftsordnungen 521
 Geschichtslehrerverband, Europäischer 521
 Geschmacksmuster 521
 Geschützte Ursprungsbezeichnungen 522
 Gesellschaftsrecht, Europäisches 523
 Gesetzgebung der EU, Zusammenfassungen 525
 Gesetzgebungsverfahren (Entscheidungs-,
 Rechtsetzungsverfahren) 526
 Gesundheitspolitik, Europäische 529
 Gewerkschaftsbund, Europäischer 534
 GFS 535
 Gibraltar 535
 Gipfel(konferenz) 535
 Gleichstellungsfragen, Europäisches Institut für
 (EIGE) 535
 Gleichstellungspolitik 535
 Globale Strategie der EU (EUGS) 540
 Globalisierung der Wirtschaft 541
 Glücksspiele in der EU 542
 Google-Urteil 544
 Gottesbezug 544
 Governance („Regieren“) in der EU 544
 Green Deal 548
 Grenzausgleich 549
 Grenzkontrollen im Schengen-Raum 550
 Grenzkontrollen 550
 Grün- und Weißbücher 551
 Grund- und Menschenrechte 551
 Grundfreiheiten 555
 Grundrechte, Agentur der EU für (Fundamental
 Rights Agency = FRA) 555
 Grundrechtecharta der EU (GRCh) 555
 Grundrechteprotokoll, Lissabonner 560
 Grundtvig 561
 GSVP 561
 Gurkenkrümmung 561
 GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) 562

Index

- Haager Kongress 564
 Haftbefehl, Europäischer 564
 Handels- und Kooperationsvertrag EU/GB 566
 Handelspolitik, Ausschuss für 566
 Handelsrecht, europäisches 566
 Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) 566
 Harmonisierung 567
 Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM) 567
 Haushalt der Europäischen Union 567
 Haushaltsdisziplin 571
 Haushaltsordnung 571
 Haushaltsverfahren 572
 Haustiere auf Reisen 573
 Heranführungshilfe 574
 Herren der Verträge 574
 Hertensteiner Programm 574
 Hochschulinstitut, Europäisches 574
 Hoheitsrechte 575
 Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik 580
 Hoher Vertreter für die GASP 580
 Horizont 2020 581
 Horizont Europa 581
 IATE (Inter-Active Terminology for Europe) 583
 Ibrahim-Asylurteil 583
 Idee, Europäische 583
 Identität, Europäische 583
 Illiberale Demokratie 586
 Implied powers 587
 Industriepolitik der Europäischen Union 587
 Informationsbüros des Europäischen Parlaments 592
 Informationsgesellschaft 592
 Inländerdiskriminierung/umgekehrte Diskriminierung 595
 Inner-circle-Format 595
 Innovations- und Technologieinstitut, Europäisches (EIT) 595
 Innovationspolitik 595
 Institut für Europäische Politik (eV) 595
 Institut für öffentliche Verwaltung, Europäisches (European Institute of Public Administration, EIPA) 596
 Institutionelles Gleichgewicht 596
 INTCEN (EU-Intelligence [Analysis] Centre) 597
 Integration 597
 Integration, Abgestufte 600
 Integrationskonzepte, Europa à la carte 602
 Integrationsmodelle und -theorien 606
 Integrationsverantwortungsgesetz 608
 Integrationsverbund 608
 Integrierte Krisenreaktion des Rates (ICPR) 608
 Intergouvernementale Zusammenarbeit (Zusammenarbeit der Regierungen) 609
 Interinstitutionelle Vereinbarungen 609
 Interkulturelles Lernen 610
 Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) 613
 Interreg 613
 Investitionsbank, Europäische (EIB) 614
 Investitionsfonds, Europäischer (EIF) 617
 Ioannina-Kompromiss 618
 IPA (Instrument für Heranführungshilfe) 618
 ISPA (Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt) 619
 IWF 619
 Jahr, Europäisches 620
 Jaunde-Abkommen 620
 Jawo/Ibrahim-Asylurteile 621
 JEF 621
 Joint Situation Centre (SITCEN) 621
 Journalisten, Vereinigung Europäischer (VEJ) 621
 Jugend in Aktion 621
 Jugend in Bewegung (Youth on the Move) 622
 Jugendforum, Europäisches 622
 Jugendparlament, Europäisches 622
 Jugendpolitik, Europäische 623
 Jugendschutz 625
 Jugendwerk, Deutsch-Französisches (DFJW) 627
 Jugendwerk, Deutsch-Polnisches 628
 Junge Europäische Föderalisten (JEF) 628
 Justiz und Inneres 629
 Kabinette 636
 Kalanke-/Marshall-(Frauenquoten-)Urteil 636
 Kapitalverkehr, Freier 636
 Kartellrecht, Europäisches 638
 Katastrophenschutz 642
 Keck-Urteil 643
 Kennzeichnungspflicht 643
 Kerneuropa 645
 Kirchen, Konferenz Europäischer (CEC, European Ecumenic Commission for Church and Society) 645
 Kirchen/Religionsgemeinschaften 646
 Klimawandel 648
 KMU – Kleine und Mittlere Unternehmen 648
 Köbler-Urteil 649
 Kodex für gute Verwaltungspraxis 649
 Kodezision 649
 Kodifikation von Rechtsvorschriften 649
 Kohärenz 649
 Kohäsionspolitik 650
 Kollegialitätsprinzip 654
 Kölner Prozess 654
 Komitologie 657
 Kommission 659
 Kommunalpolitik, Europäische 663
 Kommunalwahlrecht für Unionsbürger 668
 Kompetenzerweiterungsklauseln 669
 Kompetenz-Kompetenz 669
 Konferenz der Europa-Ausschüsse 669
 Konferenz zur Zukunft Europas (2021/2022) 669
 Konkurrierende Zuständigkeit 670
 Konsolidierung der Rechtsvorschriften 670
 Konvent zur Zukunft Europas 670
 Konvent/Konventsverfahren 671
 Konvergenz 671
 Konvergenzkriterien 673
 Kooperationsabkommen 675
 Kooperationsverhältnis BVerfG – EuGH 676

- Kopenhagener Beitrittskriterien 676
 Kopenhagen-Prozess 677
 Korruptionsbekämpfung 682
 Krankheiten, Europäisches Zentrum für die
 Prävention und die Kontrolle von (ECDC) 686
 Kriminalitätsbekämpfung 686
 Kriminalitätsprävention (EUCPN) 687
 Krisenreaktionstruppe, Europäische 687
 Kultur, „Kreatives Europa“ 687
 Kulturhauptstadt Europas 687
 Kulturpolitik, Europäische 688
 Kulturstiftung, Europäische 691

 Lagezentrum der EU (EU Situation Room) 692
 Länder, Mitwirkungsrechte der deutschen 692
 Länderbeobachter 695
 Landesvertretungen/Länderbüros 696
 Landwirtschaft, Sonderausschuss (SAL) 696
 Lateinamerikapolitik 696
 LEADER 700
 Lebenslangen Lernens, Aktionsprogramm im Bereich
 des 700
 Lebensmittelrecht, Europäisches 700
 Lebensmittelsicherheit, Europäische Behörde für
 (EFSA) 707
 Legitimation 707
 Lehrer, Association Européenne des
 Enseignants 708
 Leitindikatoren 709
 Leitlinien-Kompetenz 709
 Leonardo da Vinci 710
 LIFE (L'Instrument Financier pour
 l'Environnement) 710
 Lissabon-Begleitgesetze 711
 Lissabon-Strategie (Lissabon-Prozess) 713
 Lissabon-Strategie im Bildungsbereich 716
 Lissabon-Urteil 720
 Lissabon-Vertrag 721
 Ljubljana-Prozess 724
 Lobbying 724
 Lomé-Abkommen 728
 Luxemburger Bericht 730
 Luxemburger Vereinbarung (Kompromiss) 732
 Luxemburg-Prozess 734

 Maastrichter Vertrag (Vertrag über die Europäische
 Union) 737
 Maastricht-Urteil 739
 Magna Charta Universitatum (auch: Bologna Magna
 Charta Universitatum) 740
 Makrodialog, Makroökonomischer Dialog 741
 Makroökonomisches
 Ungleichgewichtsverfahren 741
 Makroregionale Strategie 741
 Mangold/Honeywell-Beschluss 742
 Mangold-Urteil 742
 Mansholt-Plan 743
 Markenrecht, Europäisches 743
 Matthews-Urteil 744
 MEDIA-Programme 745
 Medienentwicklung in Europa 745
 Medienpolitik, Europäische 748

 Mehrebenenstruktur, Mehrebenensystem 754
 Mehrjähriger Finanzrahmen 756
 Mehrsprachigkeit 758
 Meistbegünstigungsklausel 758
 Melloni-Urteil 759
 Menschenrechte 759
 Menschenrechtskonvention, Europäische
 (EMRK) 761
 Mercosur (Mercado Común del Sur) 764
 Migrationspolitik 764
 Militärausschuss (EUMA) 764
 Militärische Abrüstungspolitik 765
 Militärstab (EUMS) 765
 MISSOC (Mutual Information System on Social
 Protection) 765
 Misstrauensantrag 765
 Mitbestimmungsmodelle 766
 Mitgliedstaaten der EU 769
 Mittelmeerpolitik 769

 NACE (Nomenclature statistique des activités
 économiques dans l'Union Européenne) 773
 Nachbarschaftspolitik, Europäische (ENP) 773
 Nachhaltigkeitsstrategie, Europäische 773
 Nachrichtendienst der EU 776
 NAFTA (North American Free Trade
 Agreement) 776
 Nahrungsmittel- und Katastrophenhilfe (Humanitäre
 Hilfe) 776
 Nationaler Alleingang 777
 NATO (North Atlantic Treaty Organization/
 Nordatlantikpakt) 778
 NATO, Strategische Partnerschaft EU– 778
 NATO-EU-Dauervereinbarungen („Berlin-
 Plus“) 779
 Natura 2000 780
 Naturschutz 781
 Nettozahler/Nettoempfänger 782
 Neuer Rechtsrahmen 784
 Neutralität 784
 NextGenerationEU 785
 Nichtdiskriminierungspolitik und Diversity 786
 Nichtigkeitsklage 788
 Nichtregierungsorganisationen (NRO, Non-
 governmental organizations, NGO) 789
 Nichttarifäre Handelshemmnisse 790
 Nichtverbreitungs- und Abrüstungspolitik
 (NPP) 791
 Niederlassungsfreiheit 794
 Nizza-Vertrag 795
 No bail-out-Klausel 799
 Nomenklaturen 800
 Nordischer Rat 800
 Nordzypern 800
 Normenhierarchie 801
 Normung, technische Normen 801
 Notbremsmechanismus 803
 Notruf 112 803
 Notstandsverfahren 803
 Novel-Food-Verordnung (NF-VO) 804

Index

- NPP (Non-proliferation and disarmament policy) 805
 NUTS (nomenclature des unités territoriales statistique) 805
 Obligatorische Ausgaben (OA) 807
 OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 807
 Offene Koordinierungsmethode 811
 Offenheit, Grundsatz der 813
 Ökumenische Begegnungen 813
 OLAF 813
 OMT-Programm 817
 Opt-out-Klausel 818
 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 819
 Österreich, Sanktionen gegen Österreich 823
 Osterweiterung der EU 824
 Ostseerat (Council of the Baltic Sea States, CBSS) 826
 Ostseeraumstrategie 827
 OSZE 828
 Package deal 829
 Padoa-Schioppa-Bericht 829
 Pandemiebekämpfung in der Europäischen Union 829
 Paneuropa-Union 832
 Parlament, Europäisches 833
 Parlamentarische Anfragen 833
 Parlamente, Nationale 833
 Parteien und Stiftungen, Regelungen für die europäischen 837
 Parteien, Europäische 838
 Partizipationsrecht 840
 Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PAK) 842
 Passerelle 842
 Patentamt, Europäisches (EPA) 842
 Pericles-Programm 845
 Personenverkehr, Freier 846
 Petersberg-Aufgaben 847
 Petitionsrecht 848
 PHARE 850
 PJZS (Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) 850
 PLOTEUS 851
 Point of no return 851
 Politik des „leeren Stuhls“ 852
 Politikbereiche der Europäischen Union 852
 Politische Gemeinschaft, Europäische (EPG) 854
 Politische Union 854
 Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSK) 859
 Polizeiakademie, Europäische (EPA)/(Collège Européen de Police, CEPOL) 860
 Polizeimission 860
 Polizeiuniform, blaue 860
 Populismus in Europa 861
 Post-Nizza-Prozess 862
 Prager Erklärung (Prager Kommuniqué) 862
 Präsident des Europäischen Rates 863
 Präsidenschaft des Rates 863
 PreLex 863
 Primärrecht 863
 Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 864
 Privatrecht, Europäisches 864
 Privilegierte Partnerschaft 867
 Protektionismus 868
 Protokolle/Erklärungen (als Anhänge zu Verträgen) 870
 PSK 871
 PSPP/EZB-Urteil 871
 Qualifikationsrahmen, Europäischer (EQR) 872
 Qualifikationsrichtlinie/Anerkennungsrichtlinie 874
 Qualifizierte Mehrheit 874
 Quästoren 875
 Querschnittsaufgaben 875
 Quorum 875
 Rahmenbeschlüsse 876
 Rahmenrichtlinien 876
 RAMON 876
 RAPEX (Schnellwarnsystem für gefährliche Non-Food-Produkte) 877
 Rat der Europäischen Union (Ministerrat) 877
 Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 882
 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder COMECON = Council for Mutual Economic Assistance) 882
 Ratifizierung (Ratifikation) 882
 Ratsvorsitz 882
 Raum der Forschung, Europäischer 884
 Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR) 884
 Raumentwicklung, Europäische 889
 REACH 889
 Rechnungseinheit, Europäische (ERE, European Unit of Account) 891
 Rechnungshof, Europäischer (ERH) 891
 Recht auf Vergessen I und II-Entscheidungen 893
 Rechtsakte der EU 894
 Rechtsetzung, Delegierte 895
 Rechtspersönlichkeit 895
 Rechtspopulismus in Europa 895
 Rechtsrahmen, neuer 895
 Rechtsraum, Europäischer 895
 Rechtsschutz in der EU 895
 Rechtsstaatlichkeit in der EU 895
 Rechtsstaatskrise in der Europäischen Union 896
 Rechtswissenschaft, Perspektiven einer europäischen 897
 Regierungskonferenz 899
 Regierungskonferenzen, Bilaterale 899
 Regionalismus/Regionalisierung 900
 Regionalpolitik 901
 Regionen Europas, Versammlung der (VRE) 901
 Regionen/Europaregionen 902
 rescEU 903
 RFSR 904
 RGRE 904
 Richtlinien 904

- Römische Verträge 905
Rückführung 905
Rückführungs- und Rückübernahmeabkommen 905
Rücktritt 905

SAA 906
Saar-Lor-Lux-Großregion 906
Sanktionen 906
SAPARD (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) 908
Satellitenzentrum (EUSC) 909
Schengener Abkommen, Schengener Übereinkommen 909
„Schlange im Tunnel“ 912
Schlussantrag 912
Schlussfolgerungen 912
Schokoladenrichtlinie 912
Schottland-Referendum vom 18.9.2014 914
Schüleraustausch/Schulpartnerschaft 915
Schuman-Plan 916
Schutzklausel (nach Art. 114 Abs. 10 AEUV) 916
Schwarze Listen 916
Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (SMWR) 917
Schweiz – EU 918
Screening 922
Seeverkehr 922
Sektorielle Abkommen 927
Sekundärrecht 927
Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, Europäisches 927
Semester, Europäisches 927
Senator-Lines-Entscheidung 927
SEPA 928
Sicherheits- und Verteidigungskolleg, Europäisches (ESVK) 928
Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Gemeinsame (GSVP) 929
Sicherheitsstrategie, Europäische (ESS) 934
Sicherheitsstudien, EU Institut für (EUISS) 935
SITCEN (Joint Situation Centre) 935
Sixpack 935
Soft law 935
Solange-Beschlüsse des BVerfG 936
Solidaritätsklausel 936
SOLVIT 938
Sonderbeauftragte der EU 938
Sonnenschutzrichtlinie (Sonnenschein-RL) 938
Sorbonne-Erklärung 939
Sortenamt, Gemeinschaftliches (CPVO) 940
Souveränität 940
Sozialcharta, Europäische (des Europarats) (ESC) 941
Sozialer Dialog 943
Sozialpartner 943
Sozialpolitik 944
Sozialpolitisches Aktionsprogramm / Sozialpolitische Agenda 950
Sozialprotokoll 951
Sozialraum, Europäischer 951
Sozialrecht, Europäisches 953
Sozialtourismus 957

Sozialversicherung 958
Spaak-Bericht 958
Sperrklauseln bei Europawahlen 958
Sperrminorität 960
Spinelli-Entwurf 960
Sport und Europa 961
Sportwetten in der EU 964
Sprachen von Minderheiten in der EU 964
Staatsanwaltschaft, Europäische 965
Staatshaftung bei Unionsrechtsverletzung 968
Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) 968
Stabilitäts- und Wachstumspakt 968
Stabilitätsmechanismus, Europäischer (ESM) 971
Stellungnahme 973
Steuerrecht, Steuerharmonisierung 974
Stiftungen, europäische politische 976
Stimmenthaltung 979
STOA 979
Stoiber-Kommission 983
Strafrecht, Europäisches 983
Strategieplanungs- und Frühwarninheit („Integrierte Strategische Planung“) 988
Strukturierte Zusammenarbeit 988
Strukturindikatoren, Leitindikatoren 989
Strukturpolitik 989
Stuttgarter Erklärung 989
Subsidiarität 990
Subsidiaritätsklage 991
Südosteuropapolitik 991
Supranationalität 996
Symbole der EU 996

Tabakwerbung-Urteil 997
Tarakhel-Asylurteil 997
Task force 997
Team Europe 998
Technologieinitiative, Gemeinsame 998
Ted/SIMAP 998
Tempelstruktur 999
Territorialer Zusammenhalt/Europäische Raumentwicklung 999
Terrorismusbekämpfung 1000
Tierschutz in der EU 1002
Tindemans-Bericht 1007
Tourismuspolitik und EU 1008
Traktorensitz 1011
Transeuropäische Netze 1012
Transparenz/Offenheit 1017
Transparenz-Register 1019
TREVİ 1019
Trilog 1020
TRIPS 1020
Troika 1022
Türkeipolitik der EU 1022

Übergangszeit 1025
Übernahme-Richtlinie 1025
Überseeische Länder und Gebiete 1026
Übersetzungshilfen 1027
Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT) 1027

Index

- UK/EU-Handels- und Kooperationsvertrag 1027
- Umwelthaftung 1027
- Umweltpolitik, Europäische 1028
- Umweltzeichen, Europäisches (Ecolabel) 1030
- Unionsbürgerschaft 1030
- Unionsmarke 1032
- Unionsrecht (primäres, sekundäres) 1032
- Unionsrechtsvollzug 1036
- Unionstreue 1036
- United States of Europe 1037
- Universaldienst 1037
- Universitätsvereinigung, Europäische (früher Europäische Rektorenkonferenz, Confederation of European Rectors Conferences, CRE) 1037
- Unmittelbare Wirkung des Europarechts 1037
- Untätigkeitsklage 1038
- Unternehmen, Kleine und Mittlere 1038
- Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments 1038
- Urheberrecht 1038
- Ursprungslandprinzip (Herkunftslandprinzip) 1042
- Van Gend & Loos-Urteil 1044
- Verbände, Europäische 1044
- Verbraucherpolitik, Verbraucherschutz 1045
- Verfassungsentwürfe 1046
- Verfassungsvertrag, Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) 1048
- Vergaberecht, Europäisches 1053
- Verhaltenskodizes in der EU 1057
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1058
- Verkehrspolitik, gemeinsame (GVP) 1059
- Vermittlungsausschuss 1064
- Verordnung 1064
- Verpflichtungsermächtigung 1064
- Verstärkte Zusammenarbeit (Flexibilität) 1065
- Verteidigungsagentur, Europäische (EVA/EDA) 1066
- Verteidigungsgemeinschaft, Europäische (EVG) 1066
- Vertrag von Lissabon 1066
- Vertragsänderung 1066
- Vertragsrecht, Europäisches 1072
- Vertragsschlusskompetenz 1074
- Vertragsverletzung 1074
- Vertragsverletzungsverfahren 1075
- Vertretung der Europäischen Kommission 1078
- Vertretung 1078
- Verwaltungsrecht, Europäisches 1079
- Visegrád-Gruppe 1080
- Visum 1081
- Vogelschutzrichtlinie 1082
- Völkerrecht und Unionsrecht 1083
- Völkerrechtliche Grundsätze 1088
- Völkerrechtliche Verträge 1089
- Völkerrechtssubjektivität der EU 1091
- Vorabentscheidung 1092
- Voraus-Kaufverträge von COVID-19 Impfstoffen 1094
- Vorläufiger Rechtsschutz 1094
- Vorrangfrage Europarecht – Nationales Recht 1095
- Vorrechte und Befreiungen der EU 1096
- Vorschlag 1096
- VRE 1096
- Wachstumsagenda 2020 1097
- Währungseinheit, Europäische (ECU) 1097
- Währungsinstitut, Europäisches (EWI) 1098
- Währungspolitik 1098
- Währungssystem, Europäisches (EWS) 1104
- Währungsunion (WU) 1108
- Wanderarbeitnehmer 1112
- Warenverkehr, Freier 1114
- Wechselkursmechanismus (WKM II) 1117
- Weinrecht in der EU 1120
- Weißbücher 1128
- Weltraumpolitik, Europäische 1128
- Werner-Plan 1130
- Werteordnung und Menschenbild 1132
- Westeuropäische Union (WEU) 1137
- Wettbewerb, Europäischer 1139
- Wettbewerbspolitik 1140
- Wiederaufbauagentur, Europäische Agentur für den Wiederaufbau 1142
- Wiener Vertragsrechtskonvention 1143
- Wirtschaftliche Interessenvereinigung, Europäische (EWIV) 1144
- Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) 1145
- Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) 1147
- Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 1149
- Wirtschaftspolitik 1153
- Wirtschaftsraum, Europäischer (EWR) 1160
- Wirtschaftsrecht, Europäisches 1160
- Wissens- und Innovationsgemeinschaften 1163
- Wissensbasierte Bio-Ökonomie 1163
- WTO 1163
- Youth-Portal 1167
- Zahlungsermächtigung 1168
- Zahlungsverkehr in der EU 1168
- Zentralbanken, Nationale 1172
- Zentraleuropäische Initiative 1175
- Zentrum für Europäische Bildung (ZEB) 1175
- Ziviles Krisenmanagement 1176
- Zivilgesellschaft 1176
- Zivilgesetzbuch, Europäisches 1180
- Zollinformationssystem (ZIS) 1180
- Zolltarif, gemeinsamer 1181
- Zollunion 1181
- Zukunft Europas 2021/22, Konferenz zur 1182
- Zukunft Europas, Konvent zur 1182
- Zusammenarbeitsgesetz zwischen Bund und Ländern (EUZBLG) 1182
- Zustimmung des EP 1184